Staatskanzlei
Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
per Mail an: franz.fuerst@sk.so.ch

22. Dezember 2025

Vernehmlassung Anpassungen bei der Zustellung von Verfügungen und Entscheiden

Sehr geehrter Herr Derendinger
Sehr geehrte Herr Fürst
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit, zur oben erwähnten Vorlage Stellung zu nehmen.

Die EVP begrüsst grundsätzlich die Umsetzung des vom Kantonsrat beschlossenen Massnahmenplans. Die dadurch geschätzten 290'000 Franken tieferen Kosten, fallen einzeln betrachtet zwar nicht gross ins Gewicht, leisten jedoch kumuliert mit anderen Massnahmen einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der finanziellen Situation des Kantons.

Zudem stimmt die EVP dem gewählten Vorgehen zu, die Gesetzesänderungen durchzuführen und stattdessen eine Weisung zu erlassen. Die damit verbundene Flexibilisierung eröffnet Chancen, insbesondere die Möglichkeit, rasch auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren. Gleichzeitig birgt sie auch Risiken, da Anpassungen grundsätzlich auch zu Ungunsten der Empfängerinnen und Empfänger erfolgen können. Vor diesem Hintergrund ist es aus Sicht der EVP essenziell, dass der Regierungsrat die neu gewonnene Kompetenz verantwortungsvoll wahrnimmt und nicht zum Nachteil der Solothurnerinnen und Solothurner einsetzt.

Die EVP möchte hervorheben, dass die Rechtssicherheit bei den Fristen von Verfügungen zentral für die Empfängerinnen und Empfänger ist. In der Vergangenheit wurde bei der Zustellung mit A-Post-Plus kritisiert, es entstehe eine «Fristenfalle». Die EVP erachtet es daher als wichtig, dass Entscheide mit weitreichenden Konsequenzen für die Betroffenen weiterhin per Einschreiben zugestellt werden. Weiter ist wichtig, dass bei A-Post Plus Sendungen mindestens eine Frist von 30 Tage gelten muss, damit auch bei allfälliger Abwesenheit der Empfängerinnen und Empfänger genügend Zeit für eine Reaktion bleibt.

Aus Sicht der EVP besteht ferner durch die fortschreitende Digitalisierung zusätzliche Möglichkeiten zur nachhaltigen Reduktion der laufenden Kosten bei der postalischen Zustellung. Die EVP begrüsst es, wenn der Kanton seine Digitalisierungsbestrebungen weiter vorantreibt, um künftig

vermehrt Entscheide auf digitalem Wege den Bürgerinnen und Bürger zu eröffnen. Die EVP ist überzeugt, dass sich dadurch weitere Aufwände reduzieren lassen und erachtet es als wichtig, dass der Kanton dieses Potenzial systematisch prüft, sowie die gesetzlichen Grundlagen schafft, um die vorhandenen Möglichkeiten gezielt zu nutzen.

Wir danken für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung.

Freundliche Grüsse

E. Leiser

Elia Leiser
Präsident EVP Solothurn